

Gemeinde Martfeld

Protokoll

Sitzungsnummer: Ma/Rat/034/20

über die Sitzung des Rates am 23.07.2020

Beginn: 19:30 Uhr
Ende 22:43 Uhr
Ort: Turnhalle Martfeld

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Marlies Plate

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Albers
Herr Pitt Brandstädter
Frau Merle Hoffmann
Herr Klaus-Dieter Kasper
Herr Heinrich Lackmann
Herr Jürgen Lemke
Herr Burckhard Radtke
Herr Torsten Tobeck
Frau Nicole Wolf
Frau Krimhild Wulf

Verwaltung

Herr Bernd Bormann
Herr Jenrik Ritter

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christoph Ferentschak
Herr Torsten Kirstein

Öffentlicher Teil

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Plate begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Presse und die Ratsmitglieder. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der 33. Sitzung vom 18.06.2020

Gegen Inhalt und Form der Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

Punkt 3:

Einwohnerfragestunde

Herr Helmke erkundigt sich, ob eine weitere Einwohnerfragestunde vor der Beschlussfassung zu TOP 4 möglich wäre.

Der Rat stimmt auf Nachfrage von Frau Plate einer Einwohnerfragestunde vor der Beschlussfassung zu TOP 4 zu.

Punkt 3.1:

Haushalt

Auf Anfrage von Herrn Stelter erläutert Herr Bormann einige Eckpunkte (Stand Jahresabschlüsse, Kreditaufnahme, Gewerbesteueraufkommen, etc.) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020.

Punkt 3.2:

Gewerbesteuer

Herr Stelter erkundigt sich nach der aktuellen Höhe der Gewerbesteuereinnahmen durch Windkraft.

Laut Herrn Bormann unterliegen diese dem Steuergeheimnis.

Punkt 3.3:

Zahlungsfähigkeit

Außerdem wollte Herr Stelter wissen, ob die Gemeinde Martfeld bei einer weiteren Anhäufung der Schulden zahlungsunfähig werden könne.

Dies sei laut Herrn Bormann nicht der Fall.

Punkt 4:

102. Flächennutzungsplanänderung Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen (WEA) Stellungnahme der Gemeinde im Beteiligungsverfahren gem. § 4 (1) BauGB Vorlage: Ma-0080/20

Herr Bormann erläutert die Beschlussvorlage und stellt die Präsentation der Samtgemeinde zum 102. Flächennutzungsplan vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Herr Helmke erkundigt sich, ob es richtig sei, dass ca. 450ha für potenzielle WEA zur Verfügung gestellt werden müssen.

Laut Herrn Bormann sei dies nicht pauschal zu beantworten. Die Samtgemeinde muss nach der Rechtsprechung der Windkraft substantiell Raum geben.

Des Weiteren wolle Herr Helmke wissen, warum manche WEA einen Abstand von 500m zu Wohngebäuden haben dürfen und manche einen Abstand von 800m haben müssen.

Herr Bormann erklärt, dass der Samtgemeinderat im Standortkonzept unterschiedliche Abstände zur Wohnbebauung, je nach Typ der Bebauung, festgelegt hat.

Herr Bartling weist darauf hin, dass in der Präsentation nur die Altanlagen zu sehen seien. Er hätte sich einen Plan mit den neuen Anlagen gewünscht. So könnten sich die Bürger die Unterschiede besser vorstellen.

Laut Herrn Bormann werde dies bereits von den Planern umgesetzt. Wie viele Anlagen allerdings genau gebaut werden, könne man noch nicht sagen.

Herr Harald Bormann fordert, dass der Gemeinderat Martfeld die Bürgerinnen und Bürger auf dem Laufenden halte. Bis auf die Flächenbesitzer wurden seiner Meinung nach, nicht genügend Infos preisgegeben.

Herr Albers kann die Aussagen von Herrn Harald Bormann nachvollziehen. Es sei aktuell allerdings noch nicht möglich, konkrete Aussagen zu treffen. Man stehe mit der Firma Westwind in Kontakt.

Herr Brandstädter erkundigt sich, was dagegen spreche, den aktuellen Stand den Bürgerinnen und Bürgern mitzuteilen.

Laut Herrn Bormann müsse im Sinne des Investors der Datenschutz beachtet werden. Daher empfehle die Verwaltung einen B-Plan aufzustellen um u.a. das Verfahren transparent und öffentlich zu machen.

Herr Tolksdorf wünscht sich, dass mehr Infos preisgegeben werden, was auf die Bürger zukommt. Es sei wichtig, auf die Emissionsbelastung zu achten.

Herr Stelter gibt bekannt, dass ihm die Informationspolitik zum Thema Windkraft nicht ausreiche. Er wünsche sich eine Konzeptvorstellung.

Außerdem wolle er wissen, welche finanziellen Vorteile die Gemeinde Martfeld habe.

Laut Herrn Bormann werde derzeit auf Landes- und Bundesebene ein sogenanntes Akzeptanzgeld diskutiert. Das Geld bekommt die Standortgemeinde. Aktuell gäbe es jedoch noch kein Gesetz dazu.

Des Weiteren wollte Herr Stelter wissen, ob es möglich sei, dass die Bürgerinnen und Bürger durch die WEA ein Stromersparnis erzielen können.

Laut Herrn Bormann sei dazu nichts bekannt.

Herr Helmke begrüßt es, dass der Windenergie Raum gegeben werde. Er halte eine erneute Abstandsprüfung für wichtig und wünscht sich, dass etwas mutiger bemessen werde.

Herr Bormann betont, dass man zunächst die Ergebnisse aus der erstmaligen Trägerbeteiligung und das avifaunistische Gutachten abwarten müsse. Danach könne man konkreter werden.

Herr Fiddelke bekräftigt, dass auf die Anwohner keine Kosten zukommen dürfen.

Für Herrn Kück sei es ebenfalls wichtig, dass die emissionsrechtlichen Auflagen eingehalten werden.

Herr Lemke macht deutlich, dass man nur im Interesse der Bürgerinnen und Bürger handeln werde. Man müsse zukunftsorientiert handeln und werde unabhängig einzelner Interessen im Gemeinderat eine Entscheidung treffen.

Herr Tobeck betont, dass der Flächennutzungsplan überarbeitet werden müsse. Hinsichtlich des weiteren Verfahrens müsse abgewartet werden was aus der Trägerbeteiligung herauskommt und ob gesetzliche Regelungen zum Akzeptanzgeld greifen. Er plädiere für die Streichung des zweiten Satzes der Beschlussvorlage und spricht sich dafür aus vorhabenbezogene Bebauungspläne aufzustellen.

Herr Kasper teilt mit, dass er der Beschlussvorlage so zustimme und weist darauf hin, dass das Akzeptanzgeld noch keine sichere Einnahme sei. Die neuen WEA werden eine enorme Höhe aufweisen, welche überall in Martfeld sichtbar seien. Über einen Bebauungsplan müsse man im Nachhinein reden.

Laut Herrn Radtke habe man sich in der Fraktion ein intensives Bild verschafft. Man müsse nun schauen, wo die Interessen der Bürgerinnen und Bürger liegen. Dies gehe nur mit einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan. Er stelle somit den Antrag auf Änderung der Beschlussvorlage. Die Sätze zwei und drei sollen gestrichen werden.

Herr Albers gibt bekannt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Die Belastung im Ortskern sei bereits groß genug. Der Schutz aller Bürger müsse Priorität haben. Der Flächennutzungsplan müsse beschlossen werden. Man müsse sich an alle Vorgaben halten. Die Änderung des Flächennutzungsplanes habe oberste Priorität.

Frau Wulf macht deutlich, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimme. Für sie sei es wichtig, dass die WEA nicht weiter an den Ortskern heranrücken.

a) Die Gemeinde Martfeld nimmt die 102. FNP-Änderung (WEA), insbesondere die Darstellung der Änderungsbereiche 1 und 2 zur Kenntnis.

Ja: 11 **Nein: 0** **Enthaltungen: 0**

b) Die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen wird gebeten, bei der weiteren Planung, auf eine Darstellung über das vorhandene „Sondergebiet Wind“ des rechtskräftigen B-Plans Nr. 16 (70/23) „Sondergebiet Windenergieanlagen – Neue Weide“ in nördlicher Richtung zu verzichten, um ein Heranrücken an den Ortskern zu vermeiden. Vielmehr sollte eine Erweiterung in südlicher bzw. westlicher Richtung verfolgt werden.

Ja: 6 **Nein: 5** **Enthaltungen: 0**

c) Der Rat beschließt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans.

Ja: 11 **Nein: 0** **Enthaltungen: 0**

Punkt 5:

Antrag Bündnis 90/ Die Grünen: Versetzung der mobilen Radaranlage

Herr Kasper erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er bittet die Verwaltung sich an den Landkreis Diepholz zu richten, um den Standort der Radaranlage zu ändern. Der aktuelle Standort habe keinerlei Effekt. Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer müsse oberste Priorität besitzen. Es gab in den letzten Jahren auf der L202 zu viele Unfälle mit Todesfolge. Die Kosten solle der Landkreis übernehmen.

Herr Albers teilt mir, dass die stationären Radaranlagen durch eine Unfallkommission ermittelt werden. Es müsse eine erneute Prüfung der Unfallstatistik vorgenommen werden. Erst dann sei eine Verlegung der Radaranlage möglich.

Frau Plate bestätigt, dass die Prüfung der Unfallstatistik von der Fraktion gewünscht sei.

Laut Herrn Radtke ist die Unfallsituation auf der L202 in den letzten Jahren niemandem verborgen geblieben. Man müsse sich etwas überlegen, dem entgegen zu wirken.

Herr Kasper betont, dass in der Ratssitzung vom 19.12.2019 angeregt wurde, einen passenden Standort für den Blitzer zu suchen. Dies sei auf der L202 vor dem Kurvenbereich zwischen Martfeld und Kleinenborstel der Fall.

Herr Lemke bekräftigt die Meinung von Herrn Albers. Der Landkreis Diepholz solle eine neue Auswertung der Unfallstatistik vornehmen und die Strecke zwischen Martfeld und Bruchhausen-Vilsen neu bewerten.

Herr Brandstätter hält es für legitim, über die Umstellung der Radaranlage zu sprechen. Diese müsse nämlich eine pädagogische Wirkung erzielen. Er schlage vor, den Vorschlag so an den Landkreis Diepholz weiterzugeben.

Herr Albers halte außerdem eine Ablehnung für schade und halte eine Überprüfung der Unfallstatistik für zielführend. Wo der Blitzer danach stehe, müsse man abwarten.

Die Verwaltung wird beauftragt beim Landkreis Diepholz eine Standortüberprüfung der stationären Radaranlage auf der L202 zwischen Martfeld und Bruchhausen-Vilsen zu beantragen.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 6:

Antrag der SPD: roter Asphalt bei Radwegquerungen

Herr Radtke erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Brandstädter lobt den Antrag der SDP-Fraktion und ist der Meinung, dass die rote Farbe eine Signalwirkung auslöse. Er erkundigt sich außerdem, ob die SPD-Fraktion schon genaue Orte besprochen habe.

Laut Herrn Radtke solle dies im Gemeinderat und mit den Eltern der Kinder diskutiert werden. Er halte es für wichtig, eine Idee präsentieren zu können.

Herr Brandstätter ist der Meinung, dass sich die Anzahl der Markierungen an den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde Martfed orientieren sollte.

Herr Tobeck schlage die Standorte Kreuzung „Bremer Straße“ und „Verdener Straße“ vor. Diese seien keine Gemeindestraßen. Das Vorhaben müsse somit abgestimmt werden.

Herr Albers macht deutlich, dass die Kosten nicht entscheidend sein dürfen. Er kann den Vorstellungen von Herrn Tobeck folgen.

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Straßenbaulastträger eine rote Fahrbahnmarkierung bei Radfahrern und Fußgängern im Bereich der Einmündungen Verdener Straße/Kirchstraße und Bremer Straße/Hauptstraße abzustimmen.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 7:

Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 7.1:

Haushaltsplan und Haushaltsatzung

Herr Bormann verkündet, dass die Haushaltssatzung der Gemeinde Martfeld für das Haushaltsjahr 2020 nicht beanstandet wurde.

Punkt 7.2:

Vereinfachte Flurbereinigung Hustedt

Laut Herrn Bormann habe der ArL Leine-Weser um eine Stellungnahme der Verwaltung bis zum 21.08.2020 gebeten. Da sich an der Ausführungsplanung nach der Vorstellung im Gemeinderat keine Veränderungen ergeben haben, ist eine Stellungnahme entbehrlich.

Punkt 7.3:

Bushaltestelle Hoyaer Straße

Herr Bormann gibt bekannt, dass die Bushaltestelle Hoyaer Straße 5 zum 27.08.2020 aufgelöst werde.

Punkt 8:

Anfragen und Anregungen

Punkt 8.1:

Ortsmittelpunkt

Herr Albers stellt einen Antrag den Tagesordnungspunkt „Sachstand Erweiterung Ortsmittelpunkt auf die nächste Sitzung des VA zu nehmen.

Punkt 9:

Einwohnerfragestunde

Punkt 9.1:

Umfrage Städtebauförderung "Lebendige Zentren"

Herr Bartling erkundigt sich, ob die Ergebnisse der Onlineumfrage zur Städtebauförderung „Lebendige Zentren“ bereits vorliegen.

Laut Herrn Bormann werde diese gerade ausgewertet.

Die Bürgermeisterin

Der Gemeindedirektor

Der Protokollführer